

Stellungnahme zur Situation am Ausbildungsstellenmarkt

Benachteiligte Jugendliche sind die Verlierer!

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit fordert Sofortprogramm zur Verbesserung der Situation am Ausbildungsmarkt

Aktuelle Situation

Der Ausbildungsmarkt zeigt sich zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres katastrophal. Einer leicht ansteigenden Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern um einen Ausbildungsplatz steht ein nochmals verringertes Angebot an betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Die Zahl der nicht vermittelten Jugendlichen ist um 9000 auf 49 500 gestiegen.

Massiv betroffen von dem Einbruch in der betrieblichen Ausbildung sind ausländische Jugendliche. Ihre Teilnahme an der dualen Berufsausbildung ist auf 25% zurückgegangen.

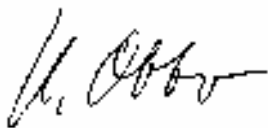
Für benachteiligte Jugendliche wird es immer schwieriger, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden. Skandalös ist, dass auch die von der Bundesagentur für Arbeit bereit gestellten außerbetrieblichen Ausbildungsplätze um 4300 auf 45 200 zurückgegangen sind. Dies trifft diese Jugendlichen zusätzlich hart. Es droht eine wachsende Zahl von Menschen ohne Perspektive auf Teilhabe am Arbeitsmarkt. Junge Menschen werden in ihrer Lebensentfaltung nachhaltig eingeschränkt. Sozialer Sprengstoff für die Zukunft wird offensichtlich billigend in Kauf genommen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. als Zusammenschluss von bundeszentralen Organisationen und Landesarbeitsgemeinschaften fordert:

- Es müssen alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, dass alle jungen Menschen, die eine Berufsausbildung absolvieren wollen, auch einen Ausbildungsplatz erhalten können. Auch die Wirtschaft ist in unserer Wissensgesellschaft mehr denn je auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen.
- Für benachteiligte Jugendliche müssen - neben der Einrichtung weiterer Ausbildungsplätze - zusätzliche sozialpädagogische und ausbildungsbegleitende Hilfen bereit gestellt werden.
- Die Ausbildung junger Menschen muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt werden. Eine Aufgabe, der sich alle gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere die Wirtschaft, stellen müssen.

- Die BAG KJS mahnt die politisch Verantwortlichen deshalb zu sofortigem Handeln. Sie fordert ein Sofortprogramm zur Schaffung von mindestens 50.000 zusätzlichen außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen für die nächsten 2 Jahre, um der gleich bleibenden Nachfrage bis 2008 gerecht zu werden. Diese Ausbildungsplätze sollten betriebsnah in Kooperation mit den Trägern der Jugendberufshilfe gestaltet werden. Zur Finanzierung eines Sofortprogramms könnten Mittel aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit und nicht ausgeschöpfte Steuermittel aus den Eingliederungsmitteln der Träger des SGB II genutzt und gebunden werden. Hierzu muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen schaffen.
- Zusätzlich muss sicher gestellt werden, dass eine bessere Förderung und individuelle Begleitung benachteiligter junger Menschen, beginnend mit dem Kindergartenalter bis zum Ende der Schulzeit realisiert wird. Die Eltern müssen bei der Wahrnehmung ihres grundgesetzlich geregelten Erziehungsauftrags unterstützt werden. Auf lokaler Ebene müssen Kooperationsformen von Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen geschaffen werden, die die Angebote miteinander verbinden und die bestehenden Ressourcen bündeln. Ansätze der effektiveren und frühzeitigeren Zusammenarbeit im Rahmen der beruflichen Bildung und auch zwischen der Berufberatung und der Schule sind daher zu begrüßen und zu intensivieren.

Jugendliche, die jetzt kein adäquates Angebot erhalten, werden in ihrer Entwicklung ausgebremst. Sie sind zudem von Armut und dauerhafter gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht.



Pater Franz-Ulrich Otto SDB
Vorsitzender der BAG KJS

Düsseldorf, 12.10.2006